

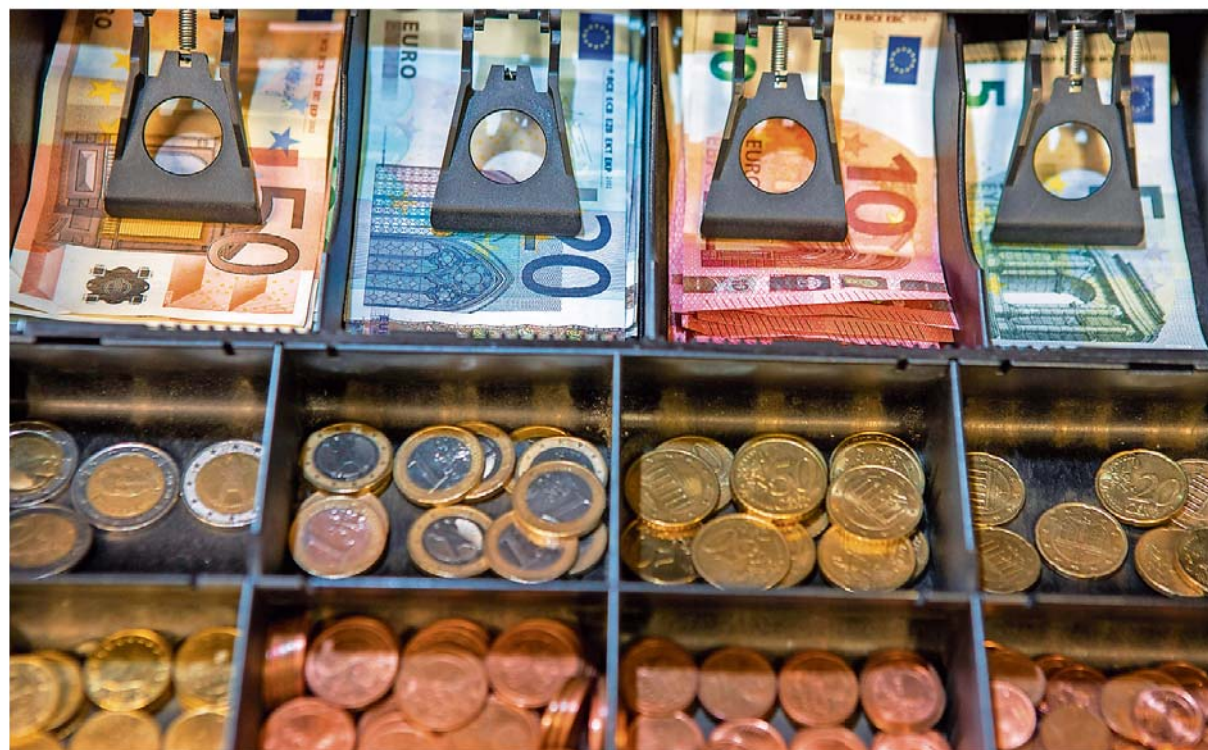
# „Saarland-Kasse“ soll Kommunen entlasten

Der Vorstoß des Regierungschefs zur Teilentschuldung stößt auf Zustimmung bei den Fraktionen. Manchen geht er nicht weit genug.

VON UTE KIRCH

**SAARBRÜCKEN** Der Vorstoß von Ministerpräsident Tobias Hans (CDU) für eine teilweise Entschuldung der saarländischen Städte und Gemeinden ist bei den Fraktionen im Landtag überwiegend auf Zustimmung gestoßen. Hans will prüfen lassen, ob es möglich ist, die Kommunen von ihren Kassenkrediten zu befreien (wir berichteten). Diese werden bis 2020 auf 2,2 Milliarden Euro anwachsen. Sie könnten in einen Fonds überführt werden, der dann mit langfristig günstigem Zinssatz unter Beteiligung des Landes getilgt wird. Im Gegenzug erwartet Hans von den Kommunen mehr Zusammenarbeit und den Verzicht auf neue Kassenkredite.

Die CDU-Fraktion im Landtag begrüßte die Initiative als „riesigen Schritt in die richtige Richtung“. Fraktionschef Alexander Funk sagte, die Kassenkredite seien ein enormes Risiko: „Was passiert, wenn in drei, vier Jahren die Zinswende eingeleitet wird und die Zinsen steigen? Dann haben die Kommunen überhaupt keinen finanziellen Spielraum mehr. Insofern ist jetzt der richtige Zeitpunkt, hier eine Saarland-Kasse einzurichten und über die nächsten Jahrzehnte diese Kassenkredite zurückzuzahlen.“ Auch die Kommunen müssten sich daran beteiligen. Funk mahnte jedoch, die Kommunen ohne Kassenkredite dürften nicht vergessen werden. „Hier muss ein Zeichen gesetzt werden, dass das Land auch ihnen hilft“, forderte Funk. Er räumte ein, dass die Übernahme der Kassenkredite alleine die Finanzprobleme der Kommunen nicht lösen werde. Er setze die Bundesregierung, die im Koalitionsvertrag festgeschrieben habe,



Mit Kleingeld ist den saarländischen Kommunen nicht geholfen. Die Kassenkredite betragen inzwischen mehr als zwei Milliarden Euro. Am drängendsten ist das Problem in der Landeshauptstadt Saarbrücken.

FOTO: BUETTNER/DPA

für gleichwertige Lebensverhältnisse in Deutschland zu sorgen. Die „Saarland-Kasse“ müsse so flexibel sein, dass bei einem überraschenden Geldregen aus Berlin die Kredite vorzeitig getilgt werden könnten. Die Kommunen seien nach wie vor gefordert, selbst zu sparen und untereinander zusammenzuarbeiten.

Vom Grundsatz her positiv äußerte sich der Koalitionspartner SPD. Seit Jahren fordere man die Entlastung der Kommunen. „Es ist ein Schritt in die richtige Richtung“, sagte die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Elke Eder-Hippler, die von Hans' Vorstoß aus der Saarbrücker Zeitung erfuhr. „Ob der Weg, nur die Kassenkredite zu beseitigen, der Königsweg

ist (...), da hätte ich jetzt ein bisschen Bauchweh.“ Schließlich blieben noch die Schulden für die Investitionen der Kommunen. Kassenkredite

seien ein drängendes Problem vieler, aber nicht aller Kommunen. „Wir müssen uns die Situation vor Ort sehr genau anschauen, wie wir

nachhaltig helfen können. Denn es nutzt auch nichts, jetzt die Kassenkredite abzuräumen und in fünf Jahren stehen alle wieder am gleichen Punkt“, sagte sie. Entscheidend werde sein, wie der Fonds ausgestaltet werde: „Wo kommt das Geld her? Wer bringt welchen Anteil auf?“, fragte sie. Hier warte sie auf eine konkretere Ausgestaltung.

„Wir haben erhebliche Bedenken, ob das die richtige Strategie ist“, kommentierte der parlamentarische Geschäftsführer der Linksfraktion, Jochen Flackus, den Vorstoß. Es sei fragwürdig, wenn das Land einspringe, wo der Bund in der Pflicht sei. Acht Bundesländer hätten bereits Entschuldungsprogramme. „Wenn alle Länder versuchen, ihre Kommunen aus eigener Kraft zu entschulden, wird der Bund kaum eine Notwendigkeit erkennen, selbst Verantwortung zu übernehmen“, sagte er. Für die Sanierung des Landeshaushalts habe das Land in den letzten Jahren über 650 Millionen Euro von den Kommunen genommen. Die Folge sei eine heruntergekommene kommunale Infrastruktur.

Die AfD-Fraktion bezeichnete die Idee als „ordentlichen Vorschlag“. Fraktionschef Josef Dörr befürchtete jedoch, dass als Gegenleistung die Rechte der Kommunen beschnitten werden: „Es wird in die Hoheit der Gemeinden eingegriffen. Das ist kein guter Weg.“ Die Entschuldung müsse gerecht sein. Die Kommunen, die keine oder nur niedrige Kassenkredite aufgenommen hätten, dürften nicht leer ausgehen.

Die Grünen bemängelten, der Vorschlag greife zu kurz, um den Handlungsspielraum der Kommunen zu erhöhen. An einem Altschuldenfonds führe kein Weg vorbei. Grünen-Landeschef Markus Tressel

warnte davor, die Finanzautonomie der Kommunen durch restriktive Gegenleistungen zu beschneiden.

Der Saarländische Städte- und Gemeindegtag forderte, den Anteil der Kommunen bei einer möglichen „Saarland-Kasse“ so gering wie möglich zu halten. Das Modell der „Hessen-Kasse“, das Hans als Vorbild genannt hatte, sei im Saarland nur schwer umsetzbar. Diese Kasse werde zu rund 70 Prozent aus kommunalen Mitteln finanziert, denn neben dem Eigenanteil der Kommunen von einem Drittel verwerde das Land Hessen auch Gelder, die sowie so den Kommunen zustehen: Anteile aus dem kommunalen Finanzausgleich und Gelder des Bundes zur Entlastung der Kommunen.

Anzeige

**SAARTALK**  
Norbert Klein und Peter Stefan Herbst, die Chefredakteure von SR und SZ, im Gespräch mit  
**Alice Hoffmann**  
Schauspielerinnen und Kabarettistinnen  
und  
**Oskar Lafontaine**  
Fraktionschef DIE LINKE im Landtag  
Donnerstag, 17. Mai 2018  
20.15 Uhr im SR Fernsehen  
→ in Auszügen in der Ausgabe der Saarbrücker Zeitung vom 18. Mai 2018  
→ auf AntenneSaar live  
→ und unter www.SR.de und www.saarbruecker-zeitung.de

## U-Ausschuss zur Affäre im Saar-Sport legt heute los

**SAARBRÜCKEN** (kir) Im Landtag konstituiert sich heute der Untersuchungsausschuss zur Aufklärung der Affäre im Saar-Sport. Er trägt den offiziellen Titel „System der Sportförderung im Saarland, parteipolitische Einflussnahme auf die Institutionen des Sportes und der Sportförderung, Transparenz der Mittel-Vergabe und Kontrolle der bestimmungsgemäßen und rechtmäßigen Verwendung der Mittel“. In der nicht-öffentlichen Sitzung geht es heute unter Vorsitz der CDU-Politikerin Dagmar Heib unter anderem um die Festlegung weiterer Termine, die Hinzuziehung von Gutachtern und Beweisbeschlüsse.

Unter den mehr als 100 Mitarbeitern des Landessportverbandes (LSVS) herrscht nach Angaben der Gewerkschaft Verdi unterdessen große Unsicherheit. Sie erfahren alles nur aus der Presse, mit ihnen werde nicht darüber gesprochen, wie es weitergehe, sagte die zuständige Verdi-Sekretärin Sabine Engelhardt-Cavelius der SZ. Das sei demotivierend.

Produktion dieser Seite:  
Johannes Schleuning  
Daniel Kirch

## MELDUNGEN

### Mann zieht Notbremse bei Schlägerei in Zug

**ST. INGBERT** (dpa) Bei einer Schlägerei in einer Regionalbahn auf dem Weg nach Saarbrücken hat ein 55-Jähriger die Notbremse gezogen. Wie die Polizei gestern mitteilte, waren am Samstagabend zwei Männergruppen verbal und körperlich aneinandergeraten. Der 55-Jährige habe sich dadurch genötigt gefühlt, wenige Meter vor dem Halt in St. Ingbert die Notbremse zu ziehen. Die Bundespolizei hat Straf- und Ordnungswidrigkeitsverfahren wegen Körperverletzung, Beleidigung, Missbrauch von Nothilfeeinrichtungen und dem Überschreiten von Gleisanlagen eingeleitet.

### Filmabend zum Geschäft mit dem Trinkwasser

**SAARBRÜCKEN** (red) Heute Abend um 19.30 Uhr wird im Saarbrücker Kino achteinhalb der mehrfach ausgezeichnete Dokumentarfilm „Abgefüllt“ gezeigt. Der Film thematisiert Ursprünge sowie ökologische und wirtschaftliche Folgen des Wasserkonsums aus der PET-Flasche. Anschließend diskutieren die Meerestbiologin Frauke Bagusche

und Thomas Schulz, Regionalsprecher von Attac Saar, über die Privatisierung des Wassers und die Verschmutzung der Weltmeere durch Plastik und Plastik-Flaschen. Die Veranstaltung findet statt im Rahmen einer Reihe des Schwerpunktes „Schöpfung“ der Katholischen Erwachsenenbildung Trier.

### Ilse und Günter Welker seit 70 Jahren verheiratet

**SCHIFFWEILER** (hek) Das seltene Ehejubiläum der Gnadenhochzeit feiern heute Ilse und Günter Welker aus dem Schiffweiler Ortsteil Heiligenwald. Das Ehepaar hatte am 15. Mai 1948 geheiratet.



Ilse und Günter Welker sind seit 70 Jahren verheiratet. FOTO: THOMAS SEEBER

## Chef der SHG-Kliniken ermahnt Politik zu höheren Investitionen

**SAARBRÜCKEN** (kir) Der Geschäftsführer des Klinikträgers Saarland-Heilstätten GmbH (SHG), Alfons Vogtel, hat den Landtag zu deutlich höheren Investitionen in die Krankenhäuser des Landes aufgerufen. Der Vorrang anderer Projekte dürfe nicht dazu führen, „dass wir irgendwann über prima sanierte Autobahnen und Straßen zu halb verfallenen Krankenhäusern fahren“, sagte Vogtel, der auch Vorsitzender der Saarländischen Krankenhausgesellschaft ist.

Die SHG steckt in ihrer Klinik auf dem Sonnenberg 30 Millionen Euro in umfangreiche Bau- und Sanierungsmaßnahmen. Die auf Geriatrie, Psychiatrie, Psychotherapie und Neurologie spezialisierte Einrichtung gehört mit 390 voll- und 101 teilstationären Betten zu den größten Krankenhäusern im Saarland. Kürzlich wurde der erste Bauabschnitt abgeschlossen, ein vierstöckiger Neubau. Nach dem Umbau soll es deutlich mehr Raum für Medizin und Therapie geben.

Nach Vogtels Angaben hat die SHG die Investitionsmittel bislang

weitgehend selbst aufgebracht. SHG-Aufsichtsratschef Peter Gillo (SPD), Direktor des Regionalverbandes Saarbrücken, erklärte, wer gute Medizin haben wolle, müsse auch für die finanziellen Mittel sorgen.

Nach dem System der Krankenhausfinanzierung in Deutschland tragen die Bundesländer die Investitionskosten, während die Kran-

kenkassen über die Fallpauschalen die laufenden Kosten, also etwa für das Personal, bezahlen. In der Praxis werden die Länder ihrer Verpflichtung aber seit Jahren nicht gerecht. Das Saarland hat die Klinik-Investitionen 2018 um mehrere Millionen Euro erhöht, allerdings reichen die Mittel nach Ansicht der Krankenhausträger bei weitem noch nicht.



Der vierstöckige Neubau (rechts) mit großem Foyer (Mitte) erweitert die SHG-Kliniken auf dem Sonnenberg.

FOTO: KIEFER/SHG

## VdK fordert vorbeugende Hausbesuche

Aus Sicht des Sozialverbands könnte dadurch der Umzug ins Seniorenheim vermieden werden.

**SAARBRÜCKEN** (saa) Präventive Hausbesuche bei älteren Menschen gehören in Dänemark seit 1996 zum Regelangebot der kommunalen Gesundheitsleistungen. Auch in Deutschland wird dieses Konzept seit mehreren Jahren im Rahmen von unterschiedlichen Modellprojekten erprobt. Nun fordert der Sozialverband VdK die Landesregierung auf, schnellstmöglich ein flächendeckendes Angebot im Saarland einzuführen. „Wir haben eine im bundesweiten Vergleich hohe

Quote älterer und hochbetagter Menschen mit besonderen Krankheitsrisiken, zunehmend Lücken in der hausärztlichen Versorgung, aber auch ein flächendeckendes Netz qualifizierter Pflegestützpunkte, die sich bestens eignen, dort Fachkräfte anzusiedeln, die präventive Hausbesuche durchführen können“, sagt VdK-Chef Armin Lang.

Die Überlegung hinter den präventiven Hausbesuchen ist, das Gespräch mit den über 75-Jährigen zu suchen, bevor die Pflegebedürftig-



VdK-Landeschef Armin Lang  
FOTO: VDK SAARLAND

keit eintritt. Bei den Besuchen sollen Fachkräfte der Pflegestützpunkte mit den Senioren besprechen, wie sie ihre Krankheitsrisiken verringern und ihrer Pflegebedürftigkeit vor-

beugen können. „Wir wollen damit chronische Erkrankungen verringern und den Umzug ins Seniorenheim vermeiden“, erklärt Lang.

Die VdK beruft sich auf den Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD im Bund, der vorsieht, „Pflegebedürftigkeit möglichst frühzeitig zu vermeiden und dafür den präventiven Hausbesuch aus Mitteln des Präventionsgesetzes zu fördern“. Die Landesregierung solle eine Vereinbarung mit den Kassen und den Landkreisen treffen, so Lang.

## Warnstreiks beim Roten Kreuz auch im Saarland geplant

**SAARBRÜCKEN** (dpa) Der Konflikt um Tarife für Mitarbeiter des Deutschen Roten Kreuzes (DRK) hat auch Auswirkungen auf das Saarland und Rheinland-Pfalz. In dieser Woche seien in beiden Ländern Warnstreiks geplant, die zu Verzögerungen in der Versorgung der DRK-Krankenhäuser führen könnten, teilte ein Sprecher von Verdi gestern in Mainz mit. Es werde auch Beeinträchtigungen bei Krankentransporten geben. „Die Notfallrettung wird selbstverständlich nicht beeinträchtigt“, hieß es.

## Prozess um Tod von 15-Jähriger in Kandel im Juni

**LANDAU** (dpa) Der Prozess um den mutmaßlichen Mord an einer 15-Jährigen aus Kandel wird voraussichtlich im Juni beginnen. Das genaue Datum sei noch nicht bekannt, sagte ein Sprecher des Landgerichts Landau. Der Ex-Freund der 15-Jährigen soll das Mädchen Ende Dezember in einem Drogeriemarkt erstochen haben. Der aus Afghanistan stammende Flüchtling ist wegen Mordes angeklagt. Der Prozess wird voraussichtlich nicht öffentlich sein, weil der Verdächtige als Jugendlicher behandelt wird.